

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

221 (22.9.1913) Zweites Blatt

Deutsche Politik.

Die kommende „Sammlung“ zum Zollwucher.

Das „Kartell der schaffenden Arbeit“ und die Tagung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller haben im Zentrum neue Hoffnungen auf eine Sammlungspolitik genährt...

Alle Wachsenheiten des Hansabundes und der sonstigen Wochenschriften werden doch kaum soviel Gewicht erlangen können...

Aber die nationalliberale Partei hat doch in den Steuerfragen erfolgreich mit dem Zentrum zusammengearbeitet und es liegt kein sachlicher Grund vor...

Und schließlich führt die Korrespondenz aus: „Diese Sammlung ist bei der jüngsten Finanzreform eingeleitet worden. Ist nur erst der allseitig gute Wille zur Verständigung da...“

„Der allseitige gute Wille zur Verständigung“ über die weitere Auspowerung der breiten Volksmassen — das ist das Ziel dieser glorreichen „Sammlung“!

Die dringende Notwendigkeit einer Reform des Militärstrafgesetzbuchs

wird vom Reichsmilitärgerichtsrat Dr. v. Schläyer zugestanden. Der Genannte veröffentlicht in der letzten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ einen Artikel über die vom letzten Reichstag beschlossene Novelle zum Militärstrafgesetzbuch.

„Auch vom Standpunkte der Militärstrafrechtspflege wird man dies bis zu gewissen Grade verstehen. Rückhaltlos ist anzuerkennen, daß die Zulassung milderer Fälle und die Erweiterung der Strafgrenzen nach unten sachlich berechtigt und erwünscht ist.“

Weshalb sich Dr. v. Schläyer gegen die letzte halbe Reform ausgesprochen, ist also weniger um der beschlossenen Milderungen willen, als um die Inkonsequenzen, die jene Reform dem bestehenden Rechtszustand gegenüber zur Folge hat.

Während das bloße Unternehmen eines tätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten auch in milderem Falle mit mindestens einem Jahr, bei Verletzung im Dienst oder mit der Waffe sogar mit mindestens zwei Jahre Gefängnis bedroht ist...

Nach auffälliger wird das Mißverhältnis bei Vergleichung der jetzigen Mißdeliktstrafe der §§ 99 und 103 M.St.G.B. auf Anstiftung einer einzelnen Person des Soldatenstandes zu einem tätlichen Angriff gegen den Vorgesetzten stehen...

Der Verbrechen der Meuterei, so beträgt die Mißdeliktstrafe nach § 103 I. Verb. mit § 97 M.St.G.B. selbst bei Annahme eines minder schweren Falles 1 Jahr und 3 Monate, wenn der Angriff im Dienst oder mit der Waffe begangen werden sollte...

Für den Juristen sind diese Unstimmigkeiten sicher sehr peinlich und Dr. v. Schläyer verlangt auch daß eine umfassende Reform des Militärstrafgesetzbuchs diese Unstimmigkeiten bald beseitigt, daß bis dahin aber eine verständige Strafzumessung die durch den Wortlaut des Gesetzes gegebenen Unstimmigkeiten möglichst zu beseitigen droht.

Verlangen nach einer Reform des Militärstrafgesetzbuchs nur rückhaltlos zustimmen, freilich muß die Reform in dem Sinne erfolgen, daß dadurch die ungemein drakonischen Strafen, die man glaubte im Interesse der Disziplin androhen und verhängen zu müssen, beseitigt werden.

Landtagswahlbewegung.

Aus dem 39. Landtagswahlkreis. In U. a. M. und Neuburgweiler fanden am letzten Sonntag gut besuchte Versammlungen statt, in welcher Rechtsanwalt Dr. Kullmann über die Bedeutung der bevorstehenden Landtagswahl referierte.

Seidelsheim. Vor gut besuchter Versammlung sprach am letzten Sonntag Genosse Kurz-Grüningen. Reichler Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen.

Aus dem 46. Wahlkreis. Am Sonntag fanden in Ober- und Unterarmutshaus sehr gut besuchte Wählerversammlungen statt, in welchen unser Kandidat, Genosse Müllerer und Gen. Kraus über die Landtagswahlen sprach.

Aus der Partei.

Grüningen. Die hiesige Wählerschaft sei an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß von heute Montag ab die Wählerlisten zur Landtagswahl 8 Tage zur Einsicht aufliegen.

Kommunalpolitik.

1. Bürgerauschüttung in Rehl. Letzten Dienstag fand hier eine Bürgerauschüttung statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Kreditfestsetzung. Nachdem der Bürgerauschuß in einer früheren Sitzung der Uebernahme der Pflasterarbeiten durch die Stadt zugestimmt hatte...

Die Pflasterung der Hauptstraße von der Rheinbrücke bis zur Grobherzog-Friedrichstraße erfordert einen Aufwand von 124 000 M., davon hat der Staat zwei Drittel und die Gemeinde ein Drittel der Kosten zu tragen.

Die Pflasterung der Hauptstraße von der Rheinbrücke bis zur Grobherzog-Friedrichstraße erfordert einen Aufwand von 124 000 M., davon hat der Staat zwei Drittel und die Gemeinde ein Drittel der Kosten zu tragen.

Aus dem Lande.

Durlach.

Die Sozialpolitik des Herrn Dr. Ettlinger in Firma Hermann u. Ettlinger, Glacefabrik in Durlach. Aus Durlach wird uns geschrieben: Ein „weißer Rabe“ unter den Kapitalisten, so ist Herr Dr. Ettlinger schon oft genannt worden.

nes zwischen 4¼—4½ Uhr Feierabend machen und den Betrieb verlassen durften. Ein Schaden ist der Fabrik dadurch nicht entstanden. Nun kommt auf einmal der Befehl des strengen Meisters Ungeheuer, daß bis 5 Uhr gearbeitet werden muß...

Die Behandlung des Arbeiterausschusses durch Herrn Dr. Ettlinger wirkt einen besonders dunklen Schatten auf seinen sozialpolitischen Nimbus. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Mitglieder des Arbeiterausschusses beim Vorbringen von Wünschen und Beschwerden der Arbeiter so angesehen und behandelt wurden...

Die Arbeiter wollen mit diesen Ausführungen die sozialpolitische Tätigkeit des Herrn Dr. Ettlinger außerhalb seines Betriebes nicht herabsetzen und ihm die Freude daran verbieten, nur möchten sie wünschen, daß er ihnen gegenüber im eigenen Betriebe etwas mehr soziales Entgegenkommen betätigt.

Welche Bevormundung Herr Dr. Ettlinger seinen Arbeitern gegenüber ausübt, zeigt die Tatsache, daß Sammellisten, welche die Arbeiter für irgend welche Zwecke unter sich zirkulieren lassen wollen, zuerst dem Herrn vorgelegt und von ihm genehmigt werden müssen.

Die Arbeiter wollen mit diesen Ausführungen die sozialpolitische Tätigkeit des Herrn Dr. Ettlinger außerhalb seines Betriebes nicht herabsetzen und ihm die Freude daran verbieten, nur möchten sie wünschen, daß er ihnen gegenüber im eigenen Betriebe etwas mehr soziales Entgegenkommen betätigt.

Die Arbeiter wollen mit diesen Ausführungen die sozialpolitische Tätigkeit des Herrn Dr. Ettlinger außerhalb seines Betriebes nicht herabsetzen und ihm die Freude daran verbieten, nur möchten sie wünschen, daß er ihnen gegenüber im eigenen Betriebe etwas mehr soziales Entgegenkommen betätigt.

Die Arbeiter wollen mit diesen Ausführungen die sozialpolitische Tätigkeit des Herrn Dr. Ettlinger außerhalb seines Betriebes nicht herabsetzen und ihm die Freude daran verbieten, nur möchten sie wünschen, daß er ihnen gegenüber im eigenen Betriebe etwas mehr soziales Entgegenkommen betätigt.

Die Arbeiter wollen mit diesen Ausführungen die sozialpolitische Tätigkeit des Herrn Dr. Ettlinger außerhalb seines Betriebes nicht herabsetzen und ihm die Freude daran verbieten, nur möchten sie wünschen, daß er ihnen gegenüber im eigenen Betriebe etwas mehr soziales Entgegenkommen betätigt.

Rastatt.

Die Heil- und Pflegeanstalt bei Rastatt soll eine ganze Stadt für sich werden. Der Bauplatz liegt auf den Gemäuerungen Muggensturm, Malsch und Vießheim und die Anlagen sollen laut „Karlsruher Tageblatt“ umfassen: ein Gesellschaftshaus (mit 600 Plätzen), eine Kirche, etliche Verwaltungsgebäude, einen Gutshof mit Stallungen für 60 Kühe, 40 Ochsen, zehn Pferde, 250 Schweine und etliche Hundert Stück Geflügel.

Die Arbeiter wollen mit diesen Ausführungen die sozialpolitische Tätigkeit des Herrn Dr. Ettlinger außerhalb seines Betriebes nicht herabsetzen und ihm die Freude daran verbieten, nur möchten sie wünschen, daß er ihnen gegenüber im eigenen Betriebe etwas mehr soziales Entgegenkommen betätigt.

Die Arbeiter wollen mit diesen Ausführungen die sozialpolitische Tätigkeit des Herrn Dr. Ettlinger außerhalb seines Betriebes nicht herabsetzen und ihm die Freude daran verbieten, nur möchten sie wünschen, daß er ihnen gegenüber im eigenen Betriebe etwas mehr soziales Entgegenkommen betätigt.

Die Arbeiter wollen mit diesen Ausführungen die sozialpolitische Tätigkeit des Herrn Dr. Ettlinger außerhalb seines Betriebes nicht herabsetzen und ihm die Freude daran verbieten, nur möchten sie wünschen, daß er ihnen gegenüber im eigenen Betriebe etwas mehr soziales Entgegenkommen betätigt.

er usw. ist die... des liberalen... nismus feines... galdemokratie... den. Auch der... zur Herrschaft... reien ihre... gegenüber muß... allen anderen... dändig erhalten... ähnt in Kreise...

lungshorn ge... er. Selbst die... sind, werden... daß hinter dem... steckt als der... onferntativ... festigen.

gsabgeordneten... stattfinden. Die... und Fragen der... Erneuerung der... stigen. Anlag... Korrespondenz... geben, die Sin... die aber doch... uch die für die... dürfen ge...

en Gewerkschaf... ten, gegen ver... umte gebildet... umite bindende... mit der päpstl... henden Korrespon... sprechenden Lat... en sollen, in fol...

Andurch und... ung Erklärungen... der päpstlichen... ismusbezwiegers...

nd und Ambusch... Form Geborjam... den Reichstagen... lischen Standes... steht — jeberzeit...

Katholischen Ge... ständnissen. Prof... inerkennung und... inkommen direkt... Merry del Val... aus, Monsignore...

che „Ereignisse“... el zu begründen... für eine Arbeit... beit haben!

rie-Regiment in... nem Kameraden... entbrannt einen... wohl von Unter... t wurden, jetzt... sehr jähormige... s auf seine Geg... nicht, die dazu... nnehmen wollt... ge der Vorgänge... er seiner Taten... abgebung zu ver... aus, daß der... me gewesen sei;... haren und b... ch auf die Aus... habe übersehen...

19. September)

und die Kaiserin... Prinz Albrecht... Prinz Max von... t Farbstein und... ut, zu verl. Off... ir, Berlin 18. U... chen Federn und...

Mederei damit... müße, um seinen... der Neuporles... acht: Wenn Sie... ndmen und wach... eden absehen, für... in World im Ju... das Amt eines... umme von 8000... Verpflichung... ungen.

gung.

auf hervorgehoben... droht sei, wenn... Landtag einzig...

